

Anmerkungen zum Flüchtlingsproblem

Von Dieter Grillmayer

Auch wenn Politiker beschwichtigen und die Medien sich knapp vor den Landtagswahlen in OÖ und Wien mit Katastrophenmeldungen zurückhalten: Die Lage ist außer Kontrolle, unsere Regierung agiert hilflos und kann nur hoffen, dass uns Deutschland möglichst viele legale und illegale Grenzüberschreiter wieder abnimmt. Die verfügbaren Sicherungsmaßnahmen in Deutschland und Österreich (samt Bundesheer-Einsatz) sind *lediglich eine Art Potemkinsche Grenzsicherungsshow, weil die Regierenden da wie dort draufgekommen sind, dass sie vom Wähler zum Teufel gejagt werden, wenn sie nicht einmal so tun, als würden sie die Grenzen unter Kontrolle haben*, wie Christian Ortner in „Die Presse“ vom 18. September schreibt.

Bei all der Hektik, wie man mit dem Flüchtlings-Zunami zurecht kommen und die Lasten „gerecht“ verteilen könnte, gehen grundsätzliche Überlegungen unter, wie da u. a. sind: Steht den Eindringlingen – nach den Vorfällen der letzten Tage und Wochen ist dieser Terminus doch zweifellos passend – überhaupt ein Asylrecht in Europa zu? Was ist falsch gemacht worden und wo müsste man ansetzen, um die Invasion zu stoppen?

Kriegs- oder Wirtschaftsflüchtlinge?

In der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) haben sich die ihr beigetretenen Staaten verpflichtet, den in ihrem Heimatland aufgrund ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder ihrer politischen Überzeugung Verfolgten Asyl zu gewähren. Die GFK bezieht sich somit nicht explizit auf „Kriegsflüchtlinge“, doch vertritt das UNO-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) den Standpunkt, dass diese den politisch Verfolgten gleichzustellen sind.

Auch wenn man dieser Rechtsmeinung folgt, so stellt sich noch immer die Frage, ob jemand noch „Kriegsflüchtling“ ist, wenn er sich bereits in Sicherheit befindet, also z. B. in einem Lager in der Türkei, im Libanon oder in Jordanien, also in einem an die Kriegsregion angrenzenden „sicheren“ Land, oder gar schon (als illegal Eingereister) in Italien, in Griechenland oder einem anderen Staat auf der „Balkanroute“. Ist er nämlich nicht mehr „Kriegsflüchtling“, dann ist er „Wirtschaftsflüchtling“ ohne Anspruch auf Asyl. Die ungarische Regierung scheint diesem Denkansatz zu folgen. Dass sich in der Flut angeblicher „Syrienflüchtlinge“ viele Trittbrettfahrer befinden, die in ihrer Heimat überhaupt nicht bedroht sind, verleiht der Frage eine zusätzliche Relevanz.

Da sich in den Nachbarländern der Kriegsregion derzeit etliche Millionen Flüchtlinge befinden, was die genannten Länder zweifellos überfordert, kann man sich die Verhältnisse in den Lagern lebhaft vorstellen, und es gibt ja auch Berichte darüber. Wäre es da nicht schon seit Langem die erste humanitäre Aufgabe der Europäer gewesen, tief in die Tasche zu greifen und auch ausreichend Personal zur Verfügung zu stellen, um in diesen Lagern menschenwürdige Verhältnisse herzustellen? (Und das ist natürlich immer noch ein Muss!) So zahlt z. B. Österreich derzeit nur € 0,33 pro Staatsbürger in den UNHCR-Topf ein, Deutschland hingegen € 0,89, und Schweden ist mit mehr als 10 Euro der absolute Spitzenreiter.

Statt den Flüchtlingen dort zu helfen, wohin sie geflohen sind, hat man sehenden Auges den Ansturm der nicht mehr Schutz, sondern ein besseres Leben Suchenden in Kauf genommen bzw. durch eine „Willkommenskultur“ sogar angeheizt, und ebenso das Schlepper-Unwesen. In den „Salzburger Nachrichten“ vom 4. September, Seite 4 unten, beschreibt Mohammed Salih Ali, der Leiter des Solidaritätsbündnisses für Syrien-Flüchtlinge mit Sitz in Izmir, das Procedere: Zuerst werde den Ankommenden gesagt, dass sie sich an einen Ort begeben sollten, wo Schlepper und Flüchtlinge

zueinanderfänden. Und dann wörtlich: *Wenn sie erst einmal in Basmane sind, können sie drei bis fünf Tage im Hotel verbringen und ihre Optionen abwägen. Sie sprechen mit anderen darüber, welcher Schlepper billiger ist oder sicherer sein soll.*

Vergleiche mit anderen Fluchtbewegungen

Welch ein Unterschied zu den Fluchtbewegungen, die fälschlicherweise immer noch zum Vergleich herangezogen werden. Für die Ungarn, die 1956 nach Österreich gekommen sind, galt zweifellos die politische Verfolgung als ein ausreichender Asylgrund. Und die in den 1990er-Jahren aus dem zerfallenden Jugoslawien zu uns, also quasi in ein Nachbarland, Geflohenen sind zum größeren Teil wohl auch um ihr Leben gerannt. Ihnen wurde aber bereits damals nur ein „Asyl auf Zeit“ bis zum Ende des Bürgerkrieges eingeräumt. Darüber hat jetzt gerade einmal die Diskussion begonnen.

Aber es gibt auch noch andere Vergleiche. In der „Kronenzeitung“ vom 20. September erinnert sich eine Leserbriefschreiberin an die Fluchtgeschichten ihrer Väter, Großväter und Urgroßväter aus dem Jahr 1945: *Wie haben sie sich verhalten? Haben sie gefordert, von einem bestimmten Land aufgenommen zu werden? Haben sie Widerstand geleistet, wenn diese Forderung nicht erfüllt worden ist? Waren sie wohlgenährt genug, Essen zu verschmähen oder den Hungerstreik anzudrohen? Haben sie gegen ihre Gastländer Steine geworfen, wie es jene starken jungen Männer an der EU-Außengrenze tun, die angeblich vor dem Krieg in ihrer Heimat geflüchtet sind?*

Bei den Leserbriefen und auf den diversen Diskussionsforen stellen die mit der Situation und der Regierungsarbeit Unzufriedenen die große Mehrheit. Eine Wortmeldung auf „Presse-Online“ lautet wie folgt: *Von Deutschland ausgelöst, haben wegen fundamentalen Rechtsbruchs viele Mitgliedsstaaten der EU ihr Vertrauen in ein korrektes Funktionieren der Union verloren. Was immer in Zukunft aus Brüssel tönen wird – es wird nicht mehr ernst genommen werden.* Die Slowakei gibt gerade ein Beispiel: Ihr Ministerpräsident Robert Fico hat am 23. September angekündigt, gegen den EU-Mehrheitsbeschluss bezüglich Aufnahmequoten erstens vor dem EuGH in Luxemburg zu klagen und diesen Beschluss zweitens sowieso nicht umzusetzen.

Rechtsbruch (hinsichtlich Grenzsicherung, Registrierung – im Asylrecht nach Genfer Konvention zwingend vorgesehen – und Dublin-Abkommen) begangen haben zunächst einmal Italien und Griechenland, die allerdings hoffnungslos überfordert waren und denen man mit Geld und Personal hätte beispringen müssen, in der Folge Österreich und Deutschland sowie zuletzt Kroatien und mit Abstrichen Slowenien. Lediglich Ungarn hat versucht, die EU-Richtlinien einzuhalten und ist dafür massiv kritisiert worden.

Die Wurzel des Übels und wie es dazu gekommen ist

Mit dem Schlagwort „Syrienflüchtlinge“ wird unter US-amerikanischer Regie suggeriert, dass Syriens Staatspräsident Bashar al-Assad der Hauptschuldige an dem ganzen Schlamassel ist, und das ist nachweislich falsch. Denn es flüchten zweifellos auch viele Iraker vor den IS-Horden, die sich vielfach aus Angehörigen der Armee Saddam Husseins rekrutieren, welche die USA nach dem völkerrechtswidrigen zweiten Golfkrieg aufgelöst haben. Nebenbei haben die USA damit auch ein Machtvakuum geschaffen, das den aus Sunniten, Schiiten und Kurden zusammengewürfelten „Kunststaat“ Irak zerfallen ließ.

Die nächste Fehlleistung war der vielgepriesene „Arabische Frühling“ bzw. der von einer „Koalition der Willigen“ (KdW) geführte völkerrechtswidrige Bombenkrieg gegen Libyen, welcher auch diesen wirtschaftlich florierenden und „sicheren“ Staat an der afrikanischen Nordküste destabilisiert hat. In der KdW waren Frankreich und das Vereinigte Königreich die Kriegshetzer, welchen die USA eher unwillig gefolgt sind, um schließlich aber doch die Entscheidung herbeizuführen. Man

muss um den libyschen Diktator Gaddafi ebenso wenig trauern wie um Saddam Hussein, aber gäbe es ihn noch, so würde dieser – gegen Geld natürlich – den Bootsverkehr über das Mittelmeer ganz gewiss verunmöglichen.

Was aber viel schlimmer ist: Hier wurde ein verheerender Präzedenzfall geschaffen, den Saudiarabien und wohl auch die Türkei genützt haben, um den ihnen verhassten syrischen Präsidenten zu stürzen, obwohl der (noch immer) die sichere Mehrheit seines Volkes hinter sich hat. So wie in Libyen eine zunächst kleine, von außen aufgehetzte Gruppe revoltierte und mit massiver militärischer Hilfe der USA und ihrer Verbündeten Erfolg hatte, so sollte es auch in Syrien funktionieren. Und so wurde 2011 ein Krieg angezettelt, der allerdings erst seit dem Auftreten der IS-Milizen die syrische Armee in Bedrängnis gebracht hat.

Zur Geschichte: Aus einem nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches französischen Mandatsgebiet entstand die Republik Syrien, aus einem englischen Mandatsgebiet der Irak zunächst als Königreich, seit 1958 als Republik. Gut erinnerlich ist mir noch der Jubel der westlichen Medien, als 1963 (Syrien) bzw. 1968 (Irak) die linksgerichtete Baath-Partei ans Ruder kam. Nun werde es mit Sozialreformen rasch aufwärts gehen. Seit 1968 ist in Syrien die eher pragmatische Assad-Familie am Ruder, im Irak war das von 1979 bis 2003 der Baath-Politiker Saddam Hussein.

Religionskonflikte zwischen verschiedenen sunnitischen, schiitischen und christlichen Glaubensrichtungen wurden/werden von den Baath-Parteiführern weitgehend unterdrückt, was insbesondere das wahhabitische (= puritanisch-sunnitische) und autokratisch regierte Saudiarabien nicht goutiert; von dort dürfte auch der Aufstand in Syrien ausgegangen sein. Und der Türkei ist der Nachbar Syrien schon deswegen ein Dorn im Auge, weil dort die Kurden wohlgelitten sind und die türkischen Kurden damit ein Beispiel vor Augen haben, das sie in ihrem politischen Kampf beflügelt. Das macht die Anti-Assad-Politik der USA verständlich, die mit Saudiarabien (Erdöl) und der Türkei (NATO) verbündet sind. Den Syrern sind die Zusammenhänge wohl bewusst, wie die Aussage eines Flüchtlings (NEWS vom 05.09.15) dokumentiert: *Syrien war kein schlechter Ort, bevor alles kippte und die Amerikaner und Saudis es in Flammen setzten.*

Die Intrige gegen Bashar al-Assad ist deswegen nicht aufgegangen, weil dieser in Russland und dem schiitischen Iran zwei mächtige Verbündete besitzt, die seinen Sturz nicht zulassen. (Er selbst wäre zur Abdankung bereit, wenn sein Volk das will; aber von den Amerikanern lässt er sich nicht verjagen, wie er kürzlich in einem Interview gesagt hat.) Wenn nicht alles täuscht, dann haben die USA das inzwischen begriffen, wollen sie doch mit Putin und dem Iran über ein gemeinsames Vorgehen gegen die IS-Terroristen Gespräche führen. Eine Kooperation mit der syrischen Armee bietet sich an und verheißt gute Chancen auf einen durchschlagenden Erfolg. Unter diesen Bedingungen täten die vielen jungen, kräftigen Männer, welche derzeit die Flucht dem Militärdienst vorziehen, sicher das, was sie bisher immer getan haben: ihr Land verteidigen und ihre Familien schützen!